Spanien gemahnt, alles Trennende beiseite zu lassen, den internen Zank zurückzustellen, alles dem Gesamtwohl und der Religion des Volkes unterzuordnen, sich diszipliniert zur Verteidigung des Glaubens zu vereinigen.

Spanien hat auf den Ruf des Heiligen Vaters und der Bischöfe gehört. Freilich ist Spanien von einer Lösung seiner religiösen und kirchlichen Probleme noch weit entfernt. So wird das Jahr 1934 für Spanien vielleicht das Jahr eines kritischen Uebergangs. Friede und Ruhe wird Spanien erst haben, wenn eine feste Hand die inneren Probleme kraftvoll meistert, wenn das kirchliche Leben sich erneuert, und wenn eine Revision der Verfassung, die Abschaffung des Religionsgesetzes, der Abschluß eines Konkordates mit dem Heiligen Stuhl den Raum und den Rahmen schafft, in dem die Kirche in Spanien ihre religiöse Tätigkeit frei entfalten kann.

* * *

Besprechung der Reichsbank mit den Vertretern der mittel- und langfristigen Schulden

Berlin, 9. Jan. Da im Dezember dem Gläubigerausschuß zugesagt worden war, ihm vor Neuabschluß eines besonderen Zahlungsabkommens mit der Schweiz und Holland Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben, und die Regierungen der beiden genannten Länder nunmehr an die deutsche Regierung zwecks Abschlusses eines besonderen Zahlungsabkommens herangetreten sind, hat die Reichsbank die Vertreter der Gläubiger zu einer Sitzung am 22. Januar in Berlin eingeladen. Es handelt sich also hier nicht um eine neue Transferkonferenz.

Borah für politische Isolierung der Vereinigten Staaten

Newyork, 9. Jan. (Reuter.) In einer Rede vor dem Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten sagte Senator Borah, Isolierung bedeute in Wahrheit Freiheit des Handelns und Unabhängigkeit des Urteils. Sie bedeute nicht Vereinsamung für eine freie Regierung. Die Vereinigten Staaten seien niemals Anhänger der Isolierung in Handelsangelegenheiten gewesen und leider auch nicht auf finanziellem oder humanitärem Gebiet.

Aber in allen politischen Dingen seien die Amerikaner Anhänger der Isolierung und würden es hoffentlich auch immer bleiben.

Die Führer der Nation sollten sich abseits von europäischen Streitigkeiten halten. Die Vaterlandsliebe müsse so angefeuert werden, daß dem aus mannigfaltigen Teilen gemischten amerikanischen Volke ein edler Stolz auf ihr Land eingeflößt werde.

Schweres Lastkraftwagenunglück in Italien

6 Tote, 14 Verletzte

Rom, 9 Jan. Bei der Stadt Segni hat sich ein folgenschweres Kraftwagenunglück ereignet, bei dem 6 Arbeiter ums Leben kamen und 14 verletzt wurden. Der Kraftwagen hatte sich überschlagen und war in eine tiefe Schlucht gestürzt. Versagen der Bremsen soll die Ursache des Unglücks sein.

Sudetendeutsche katholische Lehrerbewegung

Prag, 9. Jan. Der Willmann-Bund katholischer Lehrer und Erzieher tagte am 28. Dezember in Komotau. Es wurde beschlossen, die nächste pädagogische Jahrestagung, die sogenannte „Willmann-Woche", wie sie seit 1923 alljährlich üblich ist, unter den Leitgedanken der Heimatkunde zu stellen. Die Woche soll in der zweiten Augusthälfte in Südböhmen stattfinden. Weiterhin nahm die Hauptleitung des Willmann-Bundes Stellung gegen den erneuten Gehaltsabbau der Lehrer. Auch wurden Berichte entgegengenommen über die Beratungsstellen für junge Lehrer, die Arbeitslosenunterstützung für stellenlose Mitglieder und über die Sterbevorsorge. Der Zusammenschluß der großen katholischen sudetendeutschen Verbände zu einer Arbeitsgemeinschaft wird von der Hauptleitung des Willmann-Bundes aufs wärmste begrüßt.

Oberbürgermeister Rauscher (Potsdam) zurückgetreten

Potsdam, 9. Jan. Oberbürgermeister Rauscher hat am Dienstag nach Rücksprache mit dem Regierungspräsidenten einen längeren Urlaub angetreten, nach dessen Verlauf er in den Ruhestand treten wird. Das am 1. Januar in Kraft getretene neue Gemeindeverfassungsgesetz vom 5. Dezember 1933 hat bekanntlich das Führerprinzip auch für die Leitung der Stadtgemeinde eingeführt. Die Stelle des Oberbürgermeisters von Potsdam, als der Stadt, in der an dem historischen 21. März, dem großen Tage in der Garnisonkirche, die Männer des neuen Deutschland nach dem Siege der nationalsozialistischen Revolution, zum ersten Mal feierlich zusammentraten, ist für den Nationalsozialismus begreiflicherweise von einzigartiger Bedeutung. In Würdigung dieser Bedeutung in Verbindung mit der neuen Gesetzeslage stellt Oberbürgermeister Rauscher sein Amt zur Verfügung, obwohl seine Wahlperiode erst 1936 abläuft.

Die Umbildung des französischen Kabinetts

Paris, 9. Unter dem Vorsitz des Staatspräsidenten trat heute vormittag der Ministerrat zusammen. Ministerpräsident Chautemps erstattete Bericht über den bisherigen Verlauf des Finanzskandals von Bayonne und erklärte, daß er bereit sei, in der Kammer die sofortige Beratung der diesbezüglichen Interpellationsanträge anzunehmen.

Chautemps verlas sodann das Rücktrittsschreiben des bisherigen Kolonialministers Dalimier, das vom Staatspräsidenten angenommen wurde.

Der Ministerpräsident unterbreitete dem Staatspräsidenten ferner die Ernennung des bisherigen Arbeitsministers Lamoureux zum Kolonialminister, des bisherigen Handelsmarineministers Frit zum Arbeitsminister und des bisherigen Unterstaatssekretärs im Innenministerium Bertrand zum Handelsmarineminister.

Auch diese Ernennungen wurden vom Staatspräsidenten angenommen. Alle übrigen Ministerien bleiben unverändert.

Auf Vorschlag des Justizministers wurde General Nollet zum Großkanzler der Ehrenlegion ernannt.

Die royalistische „Action Francaise" fordert ihre Anhänger auf, heute nachmittag in Massen vor das Kammergebäude zu ziehen und gegen die Stavisky-Affäre mit den Rufen zu protestieren: „Nieder mit den Dieben, fort mit den Mördern, wir verlangen Gerechtigkeit und Anständigkeit!"

(Ueber den Selbstmord Staviskys vergl. Seite 3!)

Radfahrwege werden gebaut

Erweiterung des Straßenbauprogramms — Eine neue wirksame Maßnahme zur Arbeitsbeschaffung

Entlastung der Landstraßen

Berlin, 9. Jan. Der Generalinspektor für das deutsche Straßenwesen hat den Ländern Mitteilung von seinen Verhandlungen mit der Zentralstelle für Radfahrwege und verschiedenen Vereinen für Radfahrwege gemacht. Die Zentralstelle und die Vereine waren mit der Bitte um Einbeziehung des Baues von Radfahrwegen in die Arbeitsbeschaffung vorstellig geworden. Der Generalinspektor teilt mit, daß nach seiner Ansicht die Finanzierung von solchen Radfahrwegen in Frage kommt, die der Entlastung von Landstraßen dienen. Für die Finanzierung kämen die Wegeunterhaltungspflichtigen für die zu entlastenden Landstraßen in Betracht, zumal durch den Bau besonderer Radfahrwege eine Verbreiterung der Landstraßen erspart werden könne. Es werde infolgedessen im Rahmen der in den nächsten Jahren auszuführenden Arbeiten angestrebt werden,

einen besonderen Betrag für den Bau solcher Radfahrwege auszuwerfen, die Entlastungswege für vorhandene Straßen darstellen.

Die Planung der Radfahrwege sei Sache der Vereine, die ihre Projekte an die Zentralstelle einreichen sollten. Die Zentralstelle setze sich dann mit der zuständigen Behörde in Verbindung, die ihrerseits den Generalinspektor gutachtlich hört. Zuschußgewährung für Radfahrwege, die lediglich dem Ausflugsverkehr dienen und keine Entlastung einer öffentlichen Straße bedeuten, sei grundsätzlich ausgeschlossen. Der Bau dieser Wege müsse der Selbsthilfe der Vereine überlassen bleiben. Im übrigen sei in Aussicht genommen, im Rahmen des Winterprogramms aus Mitteln des Teiles II des Straßenbauprogramms Beträge auch für Radfahrwege bereitzustellen.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung hat die Stellungnahme des Generalinspektors noch dadurch unterstützt, daß er die Landesarbeitsämter und Arbeitsämter ermächtigt hat, für den Bau von Radfahrwegen, die Zuschüsse aus dem Straßenbauprogramm erhalten,

auch die Grundförderung nach Tagewerken zu bewilligen.

Gegebenenfalls soll die Grundförderung auch für die Radfahrwege bewilligt werden, die mit Mitteln der Interessenten oder eigenen Mitteln der Gebietskörperschaften hergestellt werden müssen.

Prüfung für einen „Numerus Clausus" auch an Fachschulen

Berlin, 9. Jan. Der preußische Minister für Wirtschaft und Arbeit hat die nachgeordneten Behörden auf die neuen Reichsbestimmungen gegen die Ueberfüllung deutscher Schulen und Hochschulen hingewiesen, wonach die Landesregierungen zu Beginn eines jeden Schuljahres feststellen, wieviele Schüler und Schülerinnen jede Schule neu aufnehmen darf. Wenn ich auch in den letzten Jahren, so erklärt der Minister, die Schülerzahl der mir unterstehenden Fachschulen mit den Bedürfnissen der Wirtschaft in Einklang zu bringen suchte und dementsprechende Maßnahmen getroffen habe, so ersuche ich doch um Bericht bis zum 15. Februar darüber, ob die mir unterstehenden Fachschulen zur Zeit mehr Schüler und Schülerinnen für die Wirtschaft heranbilden, als tatsächlich unterkommen können. Sollten Einschränkungen für notwendig erachtet werden, so sind gleichzeitig entsprechende Vorschläge zu machen, und zwar für jede Fachschulart besonders.

Die Neuordnung des Evangelischen Jugendwerks

Berlin, 9. Jan. Der Jugendpfarrer der Deutschen Evangelischen Kirche, Zahn, hat folgende Bevollmächtigte zur Durchführung der Neuordnung des Evangelischen Jugendwerkes und der Eingliederung in die H. J. ernannt: Für das Obergebiet West (im besonderen die Gebiete Ruhr-Niederrhein, Mittelrhein und Westmark) den Provinzialjugendpfarrer Dr. Voß, Düsseldorf; für das Gebiet Mittelland Provinzialjugendpfarrer Bergmann, Magdeburg; für das Gebiet Ostland Provinzialjugendpfarrer Engelbrecht, Königsberg; für das Gebiet Kurhessen Landesjugendpfarrer v. d. Au, Darmstadt; für das Gebiet Hannover (insbesondere Braunschweig) Pfarrer Minkner, Braunschweig; für das Gebiet Ostsee Pfarrer Richnow, Finkenwalde bei Stettin.

Politisch unzuverlässige Versorgungsanwärter

Berlin, 9. Jan. Der Reichsinnenminister hat in einem Erlaß festgestellt, daß in allen Fällen, in denen ein Versorgungsanwärter auf Grund des Wiederherstellungsgesetzes wegen politischer Unzuverlässigkeit entlassen wurde, dieser Tatbestand in dem dem Anwärter zurückzugebenden Versorgungsschein nicht vermerkt werden darf. In dem Versorgungsschein darf vielmehr nur Art und Dauer des bisherigen Dienstverhältnisses des Versorgungsanwärters vermerkt werden. Der Minister stellt fest, daß es anderen Anstellungsbehörden selbst überlassen bleiben müsse, vor der Berufung solcher Versorgungsanwärter zu Beamten in derselben Weise, wie bei Berufung der übrigen Beamtenanwärter, festzustellen, ob die Gewähr dafür besteht, daß der Anwärter jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten werde.

Dresdner Börse vom 9. Januar

Freundlich. Am Aktienmarkt setzte sich die Aufwärtsbewegung besonders am Brauereimarkt weiter fort, wenn auch die Gewinne nur vereinzelt über 1 bis 2 Proz. hinausgingen. Brauereien kamen fast durchweg höher zur Notiz. Berliner Kindl gewannen 5 Proz., Aschaffenburger Brauerei und Radeberger je 2,5 Proz., Gohrisch und Schöllerhof je 2 Proz., Erste Kulm 6,25 Proz. gegenüber 6. 1. und Waldschlößchen 1,75 Proz. Von den weiteren Gewinnen sind noch erwähnenswert: Sächs. Bank plus 2,25 Proz., Sächs. Bodencredit plus 2,75 Proz., Steatit plus 3,5 Proz., Sachsenwerk plus 5 Proz. und Union Radebeul plus 4 Proz. gegenüber 5. 1. Vereinzelt kam es zu geringfügigen Abschlägen. Fritz Schulz und Leipziger Riebeck verloren 1,5 Proz. und einige Werte bis 1 Proz. Rentenwerte notierten weiterhin fest. Auch hier waren die Kurssteigerungen nicht mehr so stark wie in den letzten Tagen.

Kurznotierungen. Reichsanleihe Altbesitz 94,9; Reichsanleihe Neubesitz 19,4; Reichsbank 167; Sächsische Bodencreditanstalt 94,75; Chem. Fabr. v. Henden 64; Chem. Fabr. Helfenberg 85; Dresdner Gardinen 24; Elektra 100; Erste Kulmbacher 81,25; Felsenkeller 71; Kulmbacher Rizzi — (Geld); Mimosa 187; Peniger Patentpapier 18,5; Polyphon 18; Radeberger Exportbier 158,5; Reichelbräu 134; Schubert u. Salzer 193; Sächs. Brauerei Waldschlößchen 83; Wanderer 90,75; Zeitz-Ihon 62,5.

Dresdner Schlachtviehmarkt

Dresdner Schlachtviehmarkt vom 9. Januar. Auftrieb: Ochsen 110, Bullen 257, Kühe 312, Fersen 53, Fresser 31, Kälber 1413, Schafe 723, Schweine 3571, zusammen 6476. — Preise der Ochsen: Lebendgewicht 31—33, 29—30, 26—28, 23—25, gestrichen, Schlachtgewicht: 60, 57, 54, 54, gestrichen. Bullen: Lebendgewicht: 30—32, 27—29, 24—26, Schlachtgewicht: 54, 51, 49. Kühe: Lebendgewicht: 26—29, 22—25, 16—20, 12—15, Schlachtgewicht: 50, 46, 39, 36. Fersen: Lebendgewicht: 29—35, 25—28, Schlachtgewicht: 56, 53. Fresser: —. Kälber: Lebendgewicht: —, 30—36, 27—32, 17—22, Schlachtgewicht: 56, 50, 39. Schafe: Lebendgewicht: 41—42, 35—40, 30—34, Schlachtgewicht: 83, 40, 80. Schweine: Lebendgewicht: 47, 45—47, 43—44, 41—42, Schlachtgewicht: 59, 57 58, 57. Uebernotizpreise für Schweine: 2 zu 54, 12 zu 52, 34 zu 51, 77 zu 50, 34 zu 49, 103 zu 48. Geschäftsgang: Kälber langsam, Schafe gut, alles andere schlecht. Ueberstand: 79 Rinder, davon 12 Ochsen, 18 Bullen, 49 Kühe. Außerdem 26 Schafe und 421 Schweine.

Witterungsaussichten der Dresdner Wetterwarte

Witterungsaussichten. Bei vorwiegend schwachen Winden zumeist aus westlichen Richtungen wechselhafte Bewölkung mit höchstens geringen Niederschlägen. Neigung zur Nebelbildung. Temperaturverhältnisse wenig geändert, aber bei klarer Nacht stärkere Abkühlung.

Kleine Chronik

Der Führer der sozialistischen Volksgemeinschaft des Memelgebietes beantragt Disziplinarverfahren gegen sich.

Memel, 9. Jan. Dr. Neumann, der Führer der sozialistischen Volksgemeinschaft des Memelgebietes hat bei dem Landesdirektorium den Antrag auf Eröffnung eines Disziplinarverfahrens gegen sich selbst gestellt. Den einzigen Anlaß zu diesem Schritt bilden die seit längerer Zeit in der gesamten litauischen Presse und auch in großlitauischen Versammlungen erhobenen Anschuldigungen gegen Neumann, daß er sich in seiner Eigenschaft als Führer der sozialistischen Volksgemeinschaft staatsfeindlich betätigt habe.

•

Begeisterung über den „Hilfszug Bayern".

Berlin, 9. Jan. Die großzügige Spende der deutschen Beamtenschaft, vertreten durch das Amt für Beamte der NSDAP., die in der Bereitstellung des Hilfszugs Bayern besteht, wird von maßgebenden Stellen als hervorragender Beweis des Nationalsozialismus der Tat der deutschen Beamtenschaft gewürdigt. Dr. Ley kündigte an, daß die Deutsche Arbeitsfront und andere Stellen diesem Beispiel folgen würden.

SA.-Scharführer ermordet

Oppeln, 9. Jan. Bei einem Tanzvergnügen in Zelazno entstand unter den Gästen ein Streit, den der SA.-Scharführer Paul Wystub schlichtete. Nach Schluß der Tanzfestlichkeit wurde Wystub vor einem Gehöft in seinem Blute liegend aufgefunden. Er wurde nach dem Gasthaus gebracht, wo ein Arzt nur noch den Tod feststellen konnte. Unter dringendem Tatverdacht wurde der Knecht Zeller verhaftet und dem Oppelner Polizeigefängnis zugeführt. Der vorläufige Befund hat ergeben, daß Wystub mit einem Knüppel niedergeschlagen worden ist.

•

Zwei Todesopfer bei einem Motorradunfall

Kottbus, 9. Jan. In einer unübersichtlichen Kurve nahe des Byhleguhrer Sees fuhr am Montag das Motorrad des Fleischers Jöllner, auf dessen Soziusitz der Bahnhofswirt aus Straupitz, Winzer, saß, auf einen Holzfuhrwagen. Beide Motorradfahrer wurden so schwer verletzt, daß sie bald nach dem Unfall starben.

•

Arbeitspaß für das bayerische Gaststättenpersonal.

Berlin, 8. Jan. Nach dem ersten erfolgreichen Versuch mit dem Arbeitspaß für das Gaststättengewerbe im Bezirk Berlin-Brandenburg, hat, wie das VDA.-Büro meldet, der Treuhänder der Arbeit für Bayern verfügt, daß im bayerischen Gaststättengewerbe gleichfalls nur solche Arbeiter und Angestellte beschäftigt werden dürfen, die im Besitz eines von der Bezirksleitung Bayern der Arbeitsfront ausgestellten Berufsausweises sind.